„Grünes Licht" für 50 neue Häuser

„Nördliche Pommardstraße" wurde als Satzung beschlossen

-m- Nackenheim. Bei sieben Stimmenthaltungen der CDU-Faktion beschlossen die Ratsmitglieder von SPD und FWG den Bebauungsplan „Nördliche Pommardstraße" zur Satzung. Damit kann „grünes Licht" für die weiteren Arbeiten zum Bau von 50 Häusern gegeben werden. Beigeordneter Wolfgang Kuhn erklärte, daß nach Auskunft der Verbandsgemeinde wegen der vorangegangenen Änderungen zu diesem Plan, keine erneute Offenlage notwendig sei. Zahlreiche Bedenken wurden bereits im Bauausschuß ausgeräumt. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wiesen die Ortsparlamentarier die Bedenken eines einheimischen Einzelhandelsgeschäfts gegen den geplanten Großmarkt zurück. In einem Schreiben hatte der Geschäftsmann mitgeteilt, daß der Großmarkt eine Verschiebung des Wettbewerbs in Nackenheim zur Folge hätte. Die Nackenheimer Betriebe hätten im Vorfeld der Stadt Mainz und der Supermärkte bereits eine große Konkurrenz. Der neue Markt verschärfe die jetzige Lage noch ganz erheblich.

Beigeordneter Wolfgang Kuhn erklärte zu diesem Schreiben, der Abwender des Briefes sei zeitweise selbst daran interessiert gewesen, den neuen Betrieb zu übernehmen. Im übrigen sei eine Änderung des Bebauungsplanes nicht mehr möglich. Ratsmitglied Armin Thurow (CDU) erklärte, wegen der Nähe der Bahnlinie sei dort ein reines Wohngebiet nicht möglich. Ratsmitglied Willi Wöll (CDU) ergänzte, dieses Gebiet sei als Mischgebiet ausgewiesen. Deshalb solle man den Antrag des Geschäftsmannes, das Gelände als Wohngebiet zu deklarieren, ablehnen und den Großmarkt dort ansiedeln. Zuvor hatten die Ratsmitglieder die Bedenken einer Autoreparaturwerkstatt abgelehnt, die Anregungen der Bundesbahn wegen eines Geländes allerdings berücksichtigt. Die Änderung wurde als Satzung einstimmig beschlossen.

Grundsätzlich bejaht wurde ein Antrag der CDU, einen Austellungsbeschluß für einen Bebauungsplan an der L 431 zu beschließen. Beigeordneter Wolfgang Kuhn erläuterte hierzu, die CDU beabsichtige, weitere Betriebe zwischen den schon ansässigen zwei Großfirmen anzusiedeln. Auch die Ausschüsse hätten sich dieser Meinung angeschlossen. Für die SPD erklärte Franz Regner, seine Fraktion sei ebenfalls grundsätzlich für dieses Gewerbegebiet an der L 431. Ratsmitglied Richard Speckenheuer (SPD) ergänzte, man müsse aber auch den Bürgern sagen, was dies koste. Die Abstimmung zur Bürgerbeteiligung erfolgte ebenfalls einstimmig. Die Angelegenheit wird nun im Bauausschuß beraten und der Planungsauftrag vergeben werden.